

Warum es notwendig ist, eine Mitte-Quote einzuführen

Gastkommentar. Das politische Personal gehört zu großen Teilen ausgewechselt.

VON WOLFGANG LUSAK

Dieser Advent entpuppt sich leider auch als Hochzeit der Bad News: über aufbrandende Kriege, enorme Staatsverschuldungen, steigende Insolvenzen, wachsende Arbeitslosenzahlen, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, die schwer umkehrbare Erderwärmung. Österreich und Europa stehen wohl an der Kippe zu einer katastrophalen Krise, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gab. Weder fluchtartige Medienabstinenz noch grimmiges Verfolgen aller Horrormeldungen werden jetzt helfen. Besser wäre es zu unterscheiden, wo man nur auf Schadensbegrenzung achten muss und wo man hier bei uns noch etwas Konstruktives tun kann.

Der in Europa vielfach kritisierte Donald Trump hat es - noch bevor er zum zweiten Mal „America First“-Präsident wird - erreicht, dass die USA ihren Vorsprung gegenüber dem Rest der Welt vergrößert haben: Euphorie an den Börsen, Hoffnung auf ein baldiges Ende des Russland-Ukraine-Krieges, Zoll-Androhungen auch als Chance zum Umdenken für Europa. Ob das nachhaltig wird? Schwer zu sagen. Aber die Wähler haben auch in Europa genug von übersozialer bis linksextremer Politik. Den Hauptgrund sehe ich darin, dass die traditionellen Parteien inhaltlich und personell die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr repräsentieren. Weltweit wird in den Demokratien die Schere zwischen der Bevölkerung und ihren Politikern größer. Diese dürfen sich nicht wundern, dass sie als Bestandteil einer Elite, eines Establishments oder Systems angesehen werden.

Schluss mit der Umverteilung

In Österreichs Nationalrat sind aktuell 63 Prozent der Abgeordneten politische Funktionäre, aus öffentlichem Dienst, Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter von Parteien und Interessenvertretungen oder haben keine berufliche Tätigkeit. Zwar haben wir auch 29 Prozent Selbstständige dort, aber davon sind wohl ein großer Teil Experten,

Dienstleister und Medienleute, die auf Konzerne, Verwaltung und Politik zuarbeiten und somit auch Teil des „Systems“ sind. Außerdem gibt es aktuell nur mehr zwei Arbeiter im Nationalrat.

Da hat sich eine Politblase gebildet, die sich immer weiter von der Mitte der Gesellschaft entfernt. Nur vier Prozent der Österreicher halten die Mitte für eine durchsetzungsstarke Lobby, aber 74 Prozent die Konzerne, 66 Prozent die Politik und 41 Prozent die globale Finanzwirtschaft. 34 Prozent der Bevölkerung sehen in keiner der bestehenden Parteien eine Vertretung der Mitte. Was für eine Schiefelage, die einfach ignoriert wird! Was für eine Chance für flexible Parteien, sich Wählerstimmen zu holen!

Schluss mit der Mitte-Benachteiligung durch Steuerungleichheit, Bürokratie und schlechteren Zugang zu Kapital und Personal. Wir brauchen wieder eine Umverteilung von Reich zu Arm, zwischen der die Mitte überleben kann, um das zu tun, wovon der Staat und wir alle leben: nachhaltig arbeiten, investieren, Werte aufbauen, Arbeitsplätze schaffen, exportieren.

Jetzt brauchen wir eine Regierung, die unsere Finanzen sanieren kann, ohne die Mitte weiter zu belasten. Ich wünsche mir für Österreich und alle westlichen Demokratien endlich repräsentative Anteile der Bevölkerung in den politischen Gremien. Und wenn es nicht anders geht, dann mit der Einführung einer Mitte-Quote, die dazu beiträgt, dass die ausgewogene Mitte-orientierte Gesellschaft mit ihren Leistungsträgern wieder hergestellt wird. Wie das Schritt für Schritt umgesetzt werden kann und wie hoch letztlich die Quoten sein sollten, habe ich mir auch schon überlegt. Nur wenn's der Mitte gut geht, geht's uns allen gut.

Mag. Wolfgang Lusak ist Gründer und Obmann der unabhängigen Lobby der Mitte. Er ist Berater für die Durchsetzung von digital-nachhaltigen Innovationen von Mittelstandsbetrieben. In Herbst erschien sein Buch „Mein Herz schlägt in der Mitte“. E-Mails an: debatte@diepresse.com

DIE PRESSE
19.12.24